

Windkraft: Stadt will klagen

Stadtverordnetenversammlung entscheidet heute über Normenkontrollantrag gegen Regionalplan

VON LUTZ BENSELER

KORBACH. Um gegen Windkraft-Regionalplanung vorzugehen, will die Stadt Korbach einen so genannten Normenkontrollantrag einreichen – und sich wie schon Diemelsee und Diemelstadt auf den Klageweg begeben. Die Stadtverordneten entscheiden heute in ihrer Sitzung um 19 Uhr im Rathaus darüber.

Für Sachverständige, Rechtsanwälte und Gerichtskosten hat das Rathaus bereits 25 000 Euro im Haushalt 2018 vorgemerkt. Eine Rechtsanwaltskanzlei soll den Regionalplan inhaltlich überprüfen und den Normenkontrollantrag formulieren. Ein Gericht muss dann über die Rechtmäßigkeit des Plans entscheiden.

Die Regionalversammlung hatte im Oktober 2016 den neuen Teilregionalplan Energie beschlossen. Die Enttäuschung in Korbach war daraufhin groß: Die Stadt hatte darauf gesetzt, dass der Plan weniger Flächen für Windenergie vorsieht als in den Entwürfen zuvor. Doch das von der Regionalversammlung beschlossene Papier brachte kaum Änderungen.

Stadt lehnt Pläne ab

Die Hansestadt lehnt die Pläne des Landes für neue Windkraftstandorte weitgehend ab. Breite Zustimmung findet im Korbacher Parlament nur eine Fläche in der „Marke“ zwischen Strothe und Ober-Waroldern. Im neuen Regionalplan sind aber fünf neue Standorte mit Raum für mehr als 20 Windmühlen



Mehr Windräder, wie hier bei Vasbeck, könnten sich künftig in Korbach drehen: Der Regionalplan sieht fünf neue Vorranggebiete vor. Dagegen will die Stadt mit einem Normenkontrollantrag vorgehen.

Foto: Uwe Zucchi/dpa

vorgesehen – auf Waldflächen.

Bereits im Mai 2015 hat in einer Stellungnahme die Stadt vier der fünf potenziellen Vorrangflächen abgelehnt. Dabei verweisen die Planer im Baumamt auf seltene Vogelarten wie Schwarzstorch und Rotmilan, massive Eingriffe ins Landschaftsbild, aber auch das Radar des Deutschen Wetterdiensts in Flechtdorf. Solange das Radar stehe, seien die RP-

Pläne kaum umzusetzen. Während in den Ausschüssen die meisten Fraktionen bereits ihre Zustimmung zum Normenkontrollantrag signalisiert haben, lehnen Grüne und Aktive Bürger den Klageweg ab.

Nach Ansicht der Korbacher Grünen hat eine Klage gegen den Teilregionalplan Energie Nordhessen keinerlei Aussicht auf Erfolg. Die eingepflanzten 25 000 Euro für Anwaltskos-

ten sind nach Ansicht der Partei Verschwendung von Steuergeldern.

„Wenn abstruse Einsprüche der Stadt wie der Abstand einer Windenergieanlage zu einem Friedhof in Leibach zur Ablehnung angeführt werden, sollte man sich nicht wundern, wenn man vom Regierungspräsidenten darauf keine Antwort bekommt“, erklärten Werner Welsch und Peter Mangold in einer Pressemittei-

lung. Der Teilregionalplan sei allemal besser als die derzeitige Situation, so die Grünen-Politiker: „Aktuell kann überall ein Antrag gestellt werden. Nur ein genehmigter Plan hat Ausschlusswirkung für alle nicht genannten Gebiete.“ Manfred Dönitz (Grüne) erklärte im Bauausschuss: „Wir möchten den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energie unterstützen und nicht Anwaltskanzleien.“